



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/203 - 8. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeiler:</u>
1	Am Beispiel Quemoy ... Militärisch entschärfte Zonen - das Gebot der Stunde	33
2	Konsequenzen der Rassenpolitik Mit Geld kann man nicht alles machen	44
3	Keht der Erzbischof zurück? London greift zum letzten Mittel	35
4	Schnelle Hilfe notwendig! Die menschliche Not der Flüchtlinge wird viel zu wenig gesehen	53
5 - 6	Ulbricht und der "Polytechnische Unterricht" Prag geht bei der Umwandlung des Schulwesens viel bedächtiger vor	88

* * * * *
* * * * *

Am Beispiel Quemoy ...

sp - Die Situation im Fernen Osten ist nach wie vor ernst. Konnte man am vergangenen Wochenende noch glauben, zwischen den Vereinigten Staaten und China werde es zu Verhandlungen kommen - die Kanonen schwiegen, als Nachrichten über neue Verhandlungsmöglichkeiten in Europa eintrafen - so scheint sich jetzt die Lage wieder zuzuspitzen. Im Hintergrund der erregenden Ereignisse im Fernen Osten steht natürlich der Versuch Chinas, endlich von den Vereinigten Staaten diplomatisch anerkannt und als Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden.

Man stelle sich vor, wieviel Geld und Aufregung, aber auch wieviel Not und Elend bei den unmittelbar Betroffenen in dieser "heissen Zone" hätte erspart werden können, wenn es zwischen der amerikanischen und der chinesisch-russischen Einflussphäre im Fernen Osten so etwas wie ein militärisch entschärftes Gebiet gäbe würde!

Auf Europa angewandt, wo es ja auch zwischen der amerikanischen und der russischen Einflusszone eine "heisse Grenze" gibt, wo vielleicht einmal Kanonen losgehen könnten, mündet dies alles in die Frage ein, warum man eigentlich hier die bereits vor Jahren begonnene Diskussion über die militärisch entschärft Zone einschlafen liess und sich im Gegenteil bis an die Zähne bewaffnet auf wenige Kilometer Distanz gegenübersteht. Während der grossen Aussenministerkonferenz 1955 in Genf, als der damalige Eden-Plan einer militärisch entspannten Zone in Europa zu den Akten gelegt wurde, erklärten Russen und Amerikaner, dass sie das Ziel, eine solche Zone zu schaffen, keineswegs aufgeben wollten. Inzwischen haben es beide Seiten vorgezogen, nicht mehr von diesem "Ziel" zu reden, bis der polnische Aussenminister Rapacki im vergangenen Jahr den Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa machte. Auch dieser Vorschlag ist in der Versenkung verschwunden, oder besser gesagt, die Westmächte, an ihrer Spitze die Regierung der Bundesrepublik, haben ihn abgelehnt.

Quemoy und das Nichtverhandensein einer solchen Zone im Fernen Osten wäre ein guter Anknüpfungspunkt für ein neues Gespräch zur Entspannung in Europa. Wer oder was könnte die Bundesregierung daran hindern, ein solches Gespräch in Gang zu bringen?

Konsequenzen der Rassenpolitik

sp - Südafrikas neuer Ministerpräsident Verwoerd hat jetzt in einer ersten offiziellen Verlautbarung bekanntgegeben, er werde die Politik der Rassentrennung seines verstorbenen Vorgängers Strijdom fortsetzen. Sein Ziel sei es, den Eingeborenen in einem ihnen zugewiesenen Gebiet die gleichen Rechte zu geben, wie sie die Weissen in "ihren" Gebieten hätten. Seine Politik, so sagte Verwoerd, solle eigentlich die Schwachen gegenüber den Starken schützen. Mit den "Schwachen" meinte der Ministerpräsident ohne Zweifel die Schwarzen.

Nun ist das Problem der Rassentrennung in Südafrika ausserordentlich kompliziert, zumal es auch eine ganze Reihe hochangesehene Schwarze gibt, die es vorziehen, ihre farbigen Mitbürger in einem von den Weissen abgesonderten Gebiet leben zu lassen. Auf diese beruft sich der neue südafrikanische Ministerpräsident. Die Sache hat jedoch einen Haken.

Die Schwarzen, von denen Verwoerd spricht, sind nicht etwa für die Rassentrennung, weil sie diese im Prinzip befürworten, sondern weil sie es satt haben, sich selbst und ihre farbigen Brüder auf die Dauer unterdrückt zu sehen, so lange sie in "gemischten" Gebieten leben. Diese Art von Rassentrennung, von Schwarzen befürwortet, ist also eine Notwehr gegenüber dem Überlegenheitsdünkel der Weissen und den zahlreichen Schikanen sowie oft sogar Unmenschlichkeiten, denen die Schwarzen ausgesetzt sind.

Die von dem neuen südafrikanischen Ministerpräsidenten angedeutete Entwicklung scheint unaufhaltsam zu sein. Von Europa aus gesehen kann sie nur bedauert werden, da durch sie - auf lange Sicht - viele Vorstellungen von einer gemeinsamen europäisch-afrikanischen Politik vernichtet werden. Was jetzt in Südafrika geschieht, bleibt nämlich nicht auf diesen Raum beschränkt. Es hat seine Ausstrahlungen auf alle afrikanischen Völker und selbstverständlich auch auf die Völker der Arabischer Liga, die im Begriff sind, zu einem waltpolitischen Faktor zu werden. Zählt man dann noch die Rassenauseinandersetzungen in den Vereinigten Staaten, sowie die Vorkommnisse in England hinzu, so darf mit Gewissheit angenommen werden, dass die grossen Versuche der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den freiheitlichen Völkern des Westens und den in einer ungeheuren Emanzipationsbewegung befindlichen Völkern Afrikas und Asiens einen schweren Schlag erleiden.

Gelegentlich wird im Westen zu dieser Entwicklung gesagt, man könne ja die Fehler der Rassenpolitik durch wirtschaftliche Hilfe ausgleichen. Das scheint uns ein grosser Irrtum zu sein, denn wirtschaftliche Hilfe ohne eine gleichzeitig konstruktive Politik bleibt politisch wirkungslos. Amerika hat Frankreich und Italien gewiss nach dem zweiten Weltkrieg finanziell sehr stark geholfen, und doch sind in diesen beiden Ländern die kommunistischen Parteien die stärksten politischen Gruppierungen. Mit Geld kann man eben nicht alles machen!

Kehrt der Erzbischof zurück?

sp - London

Wenn es nach dem Willen der Briten geht, dann wird der geistliche und weltliche Oberhaupt der griechischen Zyprioten, Erzbischof Makarios, noch vor Ablauf dieses Monats auf die Insel zurückkehren können. Während einer geheimen Sitzung auf dem Landsitz des britischen Premiers, an der auch Kolonialminister Lennox-Boyd und Zyperna Generalgouverneur Foot teilnahmen, wurde dieser Beschluß gefaßt. Wie gut unterrichtete Kreise in der britischen Hauptstadt gehört haben wollen, hat vor allem Foot maßgeblichen Anteil an dieser neuen Aktion im Rahmen der Londoner Zypernpolitik.

Man geht nicht fehl in der Annahme, daß es weniger die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen zwischen britischen Truppen und der EOKA war, die einen solchen Wandel herbeiführte, als vielmehr die gesamte Entwicklung im östlichen und westlichen Mittelmeer selbst. Es ist nicht von ungefähr, daß London die Welt mit diesem Angebot an Makarios überraschte, denn zur Zeit finden in Kairo Gespräche der Arabischen Liga statt, an der auch Vertreter der EOKA aufgetreten sein sollen. Man weiß, daß Premier Macmillan nichts unversucht lassen wird, um eine weitere Koordinierung des zypriotischen Untergrundkampfes mit den größeren anti-kolonialen Maßnahmen der Araber zu verhindern. Erst kürzlich konnte man in militärischen Zirkeln in Nikosia die Auffassung hören, daß die Verbände des Obersten Grivas sich einer Taktik bedienen, die schon lange zum Rüstzeug der algerischen Widerstandsbewegung gehört. Ebenso soll es Agenten des britischen Geheimdienstes gelungen sein, bei einer überraschenden Hausdurchsuchung in Famagusta ein Memorandum gefunden zu haben, aus dem eine Gesamtplanung von Aktivitäten rund ums Mittelmeer unter Ein-schluß der EOKA hervorgeht.

Auf jeden Fall ist es bemerkenswert, daß die Briten geneigt sind, jener Person ein politisches Come-back zu ermöglichen, die der Kristallisationspunkt der anti-britischen Aktivitäten ist. Die Gründe für den "Wandel" in der britischen Zypernpolitik liegen wahrscheinlich in der Überzeugung begründet, daß Makarios der Einzige ist, der vielleicht den Kampfhandlungen ein Ende bereiten und eine Gasse für politische Gespräche bahnen könnte. Wie auch immer die Entwicklung gehen wird, London scheint entschlossen, eine realistischere Politik als in der Vergangenheit zu führen.

+ + +

8. September 1958

Schnelle Hilfe notwendig!

K.S. Berlin ist heute der größte Massenplatz für Menschen. Erschrocken sieht die freie Welt - und sicher auch die kommunistische Führung im Osten - nach der zerspaltenen alten deutschen Hauptstadt. Der Flüchtlingsstrom scheint über die Ufer zu treten. Lange Zeit geben die Zeitungsmeldungen kein richtiges Bild mehr.

Von hundert Flüchtlingen gehen heute 85 über Westberlin. Der Strom fließt nicht mehr in zwei Betten in die Freiheit, das eine ist nahezu eingetrocknet. Die Tatsache, daß Westberlin jetzt wie noch nie von Flüchtlingen überflutet wird, schafft die Alarmsituation - obwohl die Fluchtzahlen niedriger als im Sommer des Vorgjahres liegen.

Man muß sich einmal vorstellen, was es heißt, wenn jeden Tag die Einwohnerschaft eines Dorfes - der Zahl nach - in die Stadt einströmt, Menschen, die außer dem, was sie auf dem Leibe tragen, nichts besitzen. Schon immer trug Westberlin die Hauptlast der Flüchtlinge. Die Stadt wurde zur Staukammer des Zuwandererstroms, der nur mühselig weiterfließt. Man erinnere sich nur an die Jahre, als die "Nichtamerkaner" in Berlin bleiben mußten, weil sie nicht ausgeflogen werden konnten. Es bedurfte größter Anstrengungen, um die schlimmsten Härten eines unvernünftigen Notaufnahmeverfahrens allmählich abzubauen. Heute wird der neue Flüchtlingsstatus - bedingt durch das ungleich stärkere Einströmen und die Aufnahmeschwierigkeiten in den Bundesländern, jetzt vor allem in Baden-Württemberg - für Westberlin unerträglich.

Westberlin bedarf der Hilfe, die Stadt kann die Lawine der Flüchtlinge nicht mehr verkraften. Seit Jahr und Tag hat sie die äußersten Anstrengungen gemacht, um dem Problem fertigzuwerden - aber täglich kommt es neu und stärker wieder auf sie zu. Vierzig Lager gibt es in Berlin. Sie werden nie leer. Notwendige Konventionen sind schon schon fast unmöglich, weil es keine Ausweichquartiere gibt. Riesige Summen investierte der westberliner Senat aus eigener Kraft und Initiative, um das Leben in den Lagern menschenwürdiger zu machen, aber sie bleiben Tropfen auf ewig heißem Stein. Muß man erst betonen, daß Westberlin nicht schuld daran ist, wenn die Unterbringung in den Lagern sehr zu wünschen übrig läßt? Der Regierende Bürgermeister hat jetzt vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Kiel für die Einrichtung "neuer unabhängiger Lager" in der Bundesrepublik geworben. So traurig es ist: aber es geht heute erst einmal um menschenwürdige Lager. Dankbar mit den Mitteln der Flüchtlingswohnungsbaubaukassen der Bundesregierung, dank des Bodenvuchers vieler Grundbesitzer und dank anderer Widriger Umstände.

Und auch die Lager vorzuziehen wissen zu müssen. Es liegt auf der Hand, daß sie nicht nur von den Städten und Gemeinden aufgebracht werden können. Sondermittel sind nötig.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat dem Regierenden Bürgermeister von Berlin eine Spende von 100 000 Mark überreicht, die helfen sollen, die ängstete Flüchtlingsnot etwas zu lindern. Das muß ein Anfang sein, ein Beispiel. Wo bleibt die deutsche Industrie, wo bleiben die Arbeitgeberverbände?

Milliarden verschießt die Aufrüstung, angefangen von der Marsdarrakete bis zur Dreifachleitze. Ein paar lächerliche Millionen auf Sammelbütteln, um endlich die schlimmste Lagernot abzubauen, aber sind nicht da. Die Protokolle der Bundestagung, ihre Appelle an die Weltöffentlichkeit, in denen auf die neue Massenflucht aus der Zone hingewiesen wird und den Terror der Paniker, sind gut und richtig - aber kann man denn nicht selbst etwas mehr tun, um den Menschen, hier und jetzt, zu helfen?

Ulbricht und der "Polytechnische Unterricht"

R.H. Die Einführung des "polytechnischen Unterrichts" und die Schaffung von einheitlichen 12-klassigen Mittelschulen wird von Ulbricht und seiner SED zu einer Staatsaffäre ersten Ranges erhoben in dem offensichtlichen Bestreben, wieder einmal innerhalb des Ostblocks die Sowjetzone zu einem "Musterschüler" zu machen. Auch in den anderen Moskauer Satellitenstaaten geht die Gleichschaltung des Schulwesens nach sowjetischem Muster vor sich, aber dort gibt es durchaus nicht solche Affären und einen solchen Terror gegen die Bevölkerung und gegen jeden, der über die Schulreform nicht sofort in begeisterte Lobeshymnen ausbricht.

Praktisch geht es im gesamten Ostblock darum, die bisher noch vorhandene teilweise Mannigfaltigkeit des Schulwesens vor allem zu dem Zweck zu vereinfachen, um dem Regime bei der vereinfachten Struktur mehr Einfluss auf die Schulen zu sichern und womöglich alle Schüler und Schülerinnen auf die Einordnung in den Produktionsprozess schon vom zehnten Schuljahr an auszurichten. Dabei spielt die hohe Einschätzung alles Technischen im Osten, die zum Teil schon als Überschätzung bezeichnet werden muss, die ausschlaggebende Rolle.

Wie weit der sowjetische Einfluss bei der Schulreform in den Satellitenstaaten zum Tragen kam, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen, da über den "polytechnischen Unterricht" in der Sowjetunion selbst nur wenige Informationen vorliegen und das dortige Schulwesen in seiner heutigen Form sich von Anfang an unter ausschliesslich sowjetischem Einfluss entwickelt hat. In den Satellitenstaaten wurde dagegen von den kommunistischen Regimen ein mehr oder minder stark westlich ausgeprägtes Schulwesen übernommen, das erst jetzt dem sowjetischen Vorbild angepasst wird. Die bestehenden Formen - sieben- oder achtklassige Grundschulen, daneben bereits elfklassige Schulen mit Grundschule und Oberschule in einem Durchgang, ferner auch Oberschulen, Gymnasien oder Lyzeen mit vier Klassen - sollen bis zum Jahre 1965 einer einheitlichen Schulform weichen, und zwar einer 12-klassigen Schule, die als Mittelschule bezeichnet wird. "Jedes Kind soll Mittelschulbildung haben" - das ist die grosse Parole, die die Schulreform nicht nur in der Sowjetzone, sondern auch in der Tschechoslowakei und in den anderen Satellitenstaaten (die durchaus alle noch nicht "auf der Höhe" sind) der Öffentlichkeit als der Weisheit letzten Schluss näher bringen soll.

Etwas mehr von den Variationen, die auch in dieser Schulreform stecken, konnte man jetzt beim Schulbeginn in der Tschechoslowakei erfahren, die man bekanntlich als das kommunistische Exerzierfeld in Mitteleuropa zu bezeichnen pflegt. Auch dort wird auf die Verbindung zwischen Unterricht und Produktionspraxis grosser Wert gelegt.

und man wird den Schülern der 12-klassigen Schulen (der neuen Mittelschulen) vom 10. Schuljahr an die Möglichkeiten zu einer derartigen Praxis verschaffen. Aber - es gibt in diesem Schuljahr nur 15 neue derartige 12-klassige Schulen. Im Laufe der nächsten zwei bis drei Jahre soll die Schulpflicht systematisch auf 9 Jahre verlängert werden, die das Grundschulwissen vermitteln. Dazu kommen die drei Jahre der dann 12-klassigen Schulen oder aber der Besuch einer zwei- bis vierjährigen Fachschule oder der Besuch einer Lehrlingschule. Erst gegen Ende des nächsten Fünf-Jahres-Planes wird, sobald inzwischen die notwendigen Lehrpläne geschaffen wurden und man sich über alle Erfordernisse der dann obligatorischen 12-klassigen Mittelschule klar geworden ist, diese Mittelschule auch tatsächlich für alle eingeführt. Sie wird ja praktisch bedeuten, dass es statt der jetzt acht- und in den nächsten Jahren neunklassigen Schulpflicht eine zwölfklassige Schulpflicht geben muss und weitere Jahrgänge von jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen zum Fehlen kommen. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine Schülerarbeit vom 10. Schuljahr an für das Prager Regime ein Ausweg, der den dann effektiven Mangel an jungen Arbeitskräften zum Teil wettmachen soll.

Noch bedächtiger geht man in den anderen Satellitenstaaten an die auf eine bessere technische Bildung hinzzielende Schulreform heran. Man argumentiert dahin, dass die Schüler bisher in den Schulen dem Kopf zwar viel Wissen (und oft auch überflüssiges) zugeführt haben, dass aber die Hände gewissermassen vom Kopf getrennt werden und oft zu praktischer Arbeit unfähig sind. Der Wirbel, den Ulbricht in der Sowjetzone mit der Schulreform in Szene gesetzt hat, stösst in den Hauptstädten der übrigen Satellitenstaaten auf Unverständnis und scheint kaum geeignet zu sein, den ohnehin nicht sehr guten politischen Ruf Ulbrichts zu festigen. Die Zeitungen der Satellitenstaaten, die sonst gerne der Sowjetzone Schützenhilfe leisten, wenn sie sich als die "wahre und einzige Vertretung des deutschen Volkes" gebärdet, bringen über die Lehrerflucht aus der Sowjetzone nur ganz kurze Mitteilungen und haben ihre Leser bisher noch nicht darüber informiert, wie die SED die Schulreform und die Einführung des "polytechnischen Unterrichts" angepackt hat. Dieses Schweigen, das man allgemein beobachten kann, ist bezeichnend. Nicht einmal während der jetzt stattgefundenen Freundschaftswoche zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetzone war von der Schulangelegenheit die Rede.

Sollte sich Ulbricht durch seine offensichtliche Renommiersucht als "kommunistischer Musterschüler" auch bei seinen Satellitenfreunden bereits lächerlich gemacht haben? Diese erfreuliche Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel